

IPR tagt in Trier: Grenzüberschreitend für Frieden und Demokratie

Der Interregionale Parlamentarierrat (IPR) ist an diesem Freitag im ERA Conference Centre in Trier zu seiner 70. Plenarsitzung zusammengekommen. Rheinland-Pfalz hat für die Jahre 2023 und 2024 die Präsidentschaft des IPR der Großregion inne. Die Sitzung begann auf Initiative der rheinland-pfälzischen IPR-Präsidentschaft mit einer Diskussion zum Konflikt in Nahost.

Landtagspräsident Hendrik Hering sagte: „In diesen Zeiten kommt es mehr denn je darauf an, dass wir – grenzüberschreitend – Bündnisse schließen, um uns gemeinsam mit allen Mitteln für Frieden und den Fortbestand der Demokratie einzusetzen.“ Nicht nur Deutschland habe ein großes, wachsendes Antisemitismusproblem. Deshalb brauche es grenzüberschreitende Ansätze in der Erinnerungskultur und Demokratiebildung. So habe der IPR in diesem Jahr eine Empfehlung für eine gemeinsame Demokratiebildung in der Großregion beschlossen. Die Empfehlung befasst sich mit der grenzüberschreitenden Erinnerungskultur. Der IPR empfiehlt unter anderem, den politischen Bildungsbereich für junge Menschen in der Großregion auszubauen sowie das Forschungsfeld der Auseinandersetzung mit gemeinsam erlebter Geschichte in der Großregion grenzüberschreitend auszurichten.

Zusammenarbeit des IPR mit anderen grenzüberschreitenden Gremien

Ein thematischer Schwerpunkt der Plenarsitzung lag in der Intensivierung der Zusammenarbeit des IPR mit anderen grenzüberschreitenden Gremien. Die Parlamentarier:innen diskutierten über die Zusammenarbeit mit dem Oberrheinrat, mit der Interparlamentarischen Versammlung der Benelux-Staaten (Benelux-Parlament) sowie mit der Parlamentarischen Versammlung der Baltischen Staaten (Baltic Assembly).

Diskussion über Empfehlungsentwürfe im Bereich Verkehr und Kommunikation

Darüber hinaus diskutierte der IPR über mehrere Empfehlungsentwürfe. Dabei ging es unter anderem um den Schienengüterverkehr in der Großregion sowie um eine Direktzugverbindung zwischen Paris und Berlin über Saarbrücken.

Hintergrund: Interregionaler Parlamentarierrat (IPR)

Der IPR wurde im Jahr 1986 gegründet. Der IPR ist eine beratende parlamentarische Versammlung der Großregion, die Empfehlungen formuliert. Die Großregion besteht aus den Teilregionen Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Lothringen in der französischen Region Grand Est, dem Großherzogtum Luxemburg, der Fédération Wallonie-Bruxelles, der Wallonie und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Der IPR besteht aus den Präsident:innen sowie Vertreter:innen der regionalen Parlamente der Teilregionen. Zweimal jährlich finden Plenarsitzungen des IPR statt. Die IPR-Mitglieder erarbeiten in sechs thematischen Kommissionen gemeinsame Empfehlungen, die der IPR an die Exekutiven der Teilregionen richtet.

Aufgaben des IPR sind:

- Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rolle der Großregion durch eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- Entwicklung von Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei Themen im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Regionen
- Begleitung der Aktivitäten des Gipfels der Exekutiven